



## VERNEHMLASSUNG STATUTENÄNDERUNG SP AARGAU

# SP Aargau bald mit neuen Strukturen

**Am 11. Januar 2010 hat der Parteitag der SP Aargau den Weg für eine Strukturreform geebnet. Die Vorschläge zur Neuorganisation gehen nun in die Vernehmlassung.** Barbara Kunz-Egloff

Die aktuellen Statuten der SP Aargau sind mehr als zwanzig Jahre alt. Trotz verschiedener Anpassungen vermögen die darin festgelegten Parteistrukturen den Kriterien einer zeitgemässen erfolgreichen Organisation nicht mehr zu genügen.

### Neue Führungsstrukturen als Basis für Erfolg

Mit der am letzten Parteitag im Grundsatz deutlich geforderten Strukturreform wird die klare Trennung von strategischer und operativer Ebene angestrebt. Dies ermöglicht, dass die Partei professionell geführt werden und im politischen Alltag wieder schnell, wirkungsvoll und erfolgreich agieren kann.

Der Zeitplan sieht vor, dass nach der Auswertung der nun laufenden Vernehmlassung die Statutenrevision vorbereitet und am ordentlichen Parteitag vom 8. Mai 2010 diskutiert und verabschiedet wird. Die Neuwahlen von Parteipräsidium und Geschäftsleitung erfolgen als einmalige Konsequenz dieser Reform erst am ausserordentlichen Parteitag vom 28. Juni 2010.

### Die wichtigsten Punkte dieser Strukturreform umfassen

- Trennung von strategischer und operativer Ebene
- Verankerung von Position und Aufgaben des Präsidiums in den Statuten
- Verkleinerung der Geschäftsleitung auf 7 Mitglieder
- Verlängerung der Amtsdauer für Präsidium und Geschäftsleitung

- Aufwertung der Präsidienkonferenz zum Parteirat
- Streichung der personellen Zusammensetzung des Sekretariats aus den Statuten

### Parteitag bleibt oberstes strategisches Führungsorgan

Nach wie vor bleibt der Parteitag für die strategischen Entscheide zuständig. Bei allen jenen Geschäften aber, die aufgrund ihrer



Dringlichkeit oder ihrer Relevanz nicht dem Parteitag unterbreitet werden, soll neu der Parteirat die strategischen Entscheide übernehmen.

Für die operative Führung braucht es eine kleine, engagierte, konstante Personengruppe in der Geschäftsleitung, welche die Prozessverantwortung und das Controlling in allen Bereichen übernimmt und flexibel und effizient handeln kann. Künftig sollen der Geschäftsleitung fünf vom Parteitag gewählte Mitglieder angehören, ebenso das Partei- und Fraktionspräsidium von Amtes wegen

und das Sekretariat mit beratender Stimme.

Die Verlängerung der Amtsdauer auf vier Jahre für Parteipräsidium und die Geschäftsleitung ermöglicht eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

### Strukturen allein sichern keinen politischen Erfolg!

Es braucht nach wie vor motivierte Menschen, engagierte Politikerinnen und Politiker in allen Gremien und auf allen Ebenen, unermüdete Genossinnen und Genossen in den Sektionen und Bezirken, die bereit sind, für unse-

re Werte und Ideale einzustehen. Dieses Engagement wünschen wir uns vor, während und nach dieser Strukturreform!

Wer sich an der Vernehmlassung beteiligen will, ist herzlich dazu eingeladen. Die Unterlagen sind unter: [www.sp-aargau.ch/strukturreform](http://www.sp-aargau.ch/strukturreform) zu finden.



**Barbara Kunz-Egloff** von Brittnau war SP-Grossrätin und Parteipräsidentin. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe Strukturreform der SP Aargau.

## EDITORIAL

### Die Chancen packen

Der Parteitag vom 11. Januar hat den von der Projektgruppe vorgeschlagenen Reformschritten zu-



gestimmt. Die Diskussion war intensiv, das Resultat am Schluss klar: eine zeitgemässe Organisation der SP

Aargau ist not-

wendig und auch gewünscht, die Änderungsvorschläge gehen in die richtige Richtung und sowohl Zeitpunkt als auch Zeitplan stimmen. Seit dem 10. Februar läuft nun die parteiinterne Vernehmlassung. Ich wünsche mir und der Partei, dass sich möglichst viele an dieser Vernehmlassung aktiv beteiligen und Antworten, Ideen und Anregungen rechtzeitig einreichen. Eine weitere Chance, die wir unbedingt packen sollten, bietet sich am nächsten Abstimmungssonntag. Die BVG-Revision mit den angestrebten Kürzungen gehört mit einem Nein an den Absender zurückgesandt. Denn wieder einmal wird versucht, den Versicherten Geld wegzunehmen. Und noch eine Chance: Haben wir die Gleichstellung der Geschlechter erreicht? Nein, denn dann müssten wir sie nicht mehr thematisieren. Noch immer verdienen Frauen für einen gleichwertigen Job weniger als Männer, Beruf und Privates (manche sagen dem „Familie“) lässt sich vielerorts noch nicht verbinden. Von Gewalt, die sehr vielfältig sein kann, sind mehrheitlich Frauen betroffen. Unsere Gesellschaft mag zwar aufgeschlossener und offener, liberaler sein als noch vor dreissig Jahren. Von einer echten und umfassenden Gleichstellung sind wir noch weit entfernt, es gibt noch viel tun – dafür kann sogar ich glaubwürdig eintreten, auch oder eben gerade auch als Mann.

**Marco Hardmeier** von Aarau ist Präsident der SP Aargau

## INTERVIEW

## SP braucht Wertedebatte

*links.ag: Oliver Müller, Du vertrittst die Juso im der Geschäftsleitung der SP Aargau. Was machst Du, wenn Du nicht politisierst? Wie lebst Du?*

Oliver Müller: Seit 2008 studiere ich an der Uni Basel Deutsch und Geschichte. Später möchte ich als Kantilehrer arbeiten. Meine Freizeit verbringe ich gerne mit Freunden in einer Beiz oder an Konzerten.



*Was kannst Du, was musst Du in der Geschäftsleitung einbringen? Kannst Du, können die Juso damit leben, dass sie gemäss den neu vorgeschlagenen Parteistrukturen nicht mehr in der GL, sondern in der Konferenz der Präsidien Einsitz haben sollen?*

Primär geht es darum, die Position der Juso zu vertreten. Da viele in der GL behandelte Themen die Juso aber nicht direkt betreffen, ist in solchen Fällen auch meine persönliche Meinung gefragt.

Die Juso Aargau ist eine aktive und mobilisierungsstarke Bewegung. Wir sind daher nicht auf einen festen Sitz in der GL angewiesen, um politisch in der SP und im Aargau etwas zu bewegen. Jusos sind zurzeit auf verschiedenen Ebenen in der SP Aargau eingebunden, sei es im Vorstand ihrer Sektion oder als GL-Mitglieder. Wir bewegen die SP heute und auch in Zukunft!

*In der Schweizer Politik geht im Moment einiges drunter und drüber. Welche Themen muss die SP nun vordringlich bearbeiten?*

Ich wünschte mir eine allgemeine Wertedebatte. Die absurden Managerlöhne und die durch Gier ausgelöste Wirtschaftskrise machen doch deutlich, dass Tugenden wie Anstand und Bescheidenheit anscheinend nicht mehr viel zählen.

**Oliver Müller** von Widen ist als Juso-Vertreter Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

## SP FRAUEN AARGAU ZUM 8. MÄRZ



Von links: Ursula Nakamura, Sonia Regna, Sandra-Anne Göbelbecker.

# Frauen verdienen MEHR!

**Die Forderungen nach Schutz vor Gewalt, Lohngleichheit und besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind heute aktueller denn je. Wir packen sie an mit Aktionen am 8. März und später mit Vorstössen im Grossen Rat, alles unter dem Motto «Frauen verdienen MEHR»!** Sandra-Anne Göbelbecker und Ursula Nakamura

1908 und 1909 haben Fabrikarbeiterinnen in New York für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Auf Initiative von Clara Zetkin beschloss 1910 die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen, einen internationalen Frauentag einzuführen. Schon 1911 waren Dänemark, Deutschland, Österreich sowie die Schweiz mit dabei. Der Einsatz galt dem Kampf fürs Frauenstimmrecht sowie gegen Diskriminierungen. Nach dem Internationalen Jahr der Frau beschloss 1977 die UNO, den 8. März als Internationalen Frauentag anzuerkennen.

Mit CEDAW, der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, verpflichtet die UNO seit 1979 weltweit die Staaten, die Gleichstellung von Frau und Mann umzusetzen. Zwischen der Situation der weiblichen Bevölkerung in Industrie- und Entwicklungsländern gibt es riesige Unterschiede. Doch auch heute braucht es ein Engagement für die Besserstellung der Frauen.

Bei der regelmässigen Überprüfung, ob die CEDAW-Ziele in den einzelnen Ländern erreicht worden sind, wirkt neben der offiziellen Schweiz auch die Organisation NGO Post-Beijing Schweiz mit, in der auch die SP Frauen Schweiz vertreten sind. Empfohlen werden im UNO-Abschlussbericht vom August 2009 verstärkte einheitliche Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu Lohngleichheit oder zu geschlechterdifferenzierten Budgetanalysen im öffentlichen Haushalt. Dringend gefordert wird die Beseitigung von physischer, psychischer, wirtschaftlicher

und struktureller Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, explizit ein Bundesgesetz gegen häusliche Gewalt. Neben dem verbesserten Schutz der Opfer, grösstenteils Frauen, wie sofortiger Zugang zu Rechtsmitteln insbesondere für Migrantinnen und staatlich finanzierten Unterkünften, geht es um eine strafrechtliche Verfolgung der Täterschaft wie auch um eine Sensibilisierung bei den Behörden, den Spitälern und der Bevölkerung.

Das gilt auch für den Kanton Aargau. Dank der am 1. Juli 2009 eröffneten Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt (AHG) sowie der Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt (BHG) ist ein erster Schritt gemacht. Doch für weiter greifende dringend notwendige Massnahmen fehlt das Geld. Betroffen von häuslicher Gewalt sind Frauen aller Gesellschaftsschichten. Familienfrauen sind gemäss Statistik des Frauenhauses Aargau/Solothurn gegenüber berufstätigen Frauen allerdings vermehrt gefährdet. Offenbar können sich Frauen mit Erwerbstätigkeit besser aus Abhängigkeitsverhältnissen zuhause lösen.

Damit Frauen unabhängig werden können, braucht es eine frauenfreundliche Arbeitswelt mit Lohngleichheit zwischen Mann und Frau sowie besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Aktionen am 8. März und später im Kantonsparlament zielen darauf.

**Sandra-Anne Göbelbecker** von Baden ist Mitglied der Geschäftsleitung und **Ursula Nakamura** von Wölflinswil vertritt die SP Frauen Aargau in der Geschäftsleitung der SP Aargau.

RENTENKLAU-ABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ

# Zurück an den Absender

Die erneute Senkung des Renten-Umwandlungssatzes zeichnet sich vor allem durch die altbekannte Gier der Neoliberalen und -konservativen aus. Da gibt es nur eines: Zurück an den Absender und am 7. März ein NEIN! Marco Hardmeier

Sowohl Inhalt als auch Zeitpunkt der Vorlage sind nach der üblichen unsensiblen Art gewählt: Wir stecken mitten in einer grösseren Weltfinanz- und -wirtschaftskrise. Und während Zehntausende hier ihren Job verlieren und Jugendliche keine Lehrstelle oder keinen Anschluss auf dem Arbeitsmarkt finden, explodieren die Boni der obersten Bankspitzen und der Chefs der global tätigen Konzerne wieder. Mitten in der Krise möchten sich die verantwortlichen politischen Mehrheiten der Schweiz lieber ausruhen und lenken mit Jammern und Rundumschlägen von ihrer Untätigkeit ab. Was gegen die politische und wirtschaftliche Krise wirken könnte, wird verteuert: Nachhaltige Rechtsetzungen, Konjunkturprogramme, soziale Gegensteuer.

Seit langer Zeit besteht in diesem Land ein klarer Verfassungsauftrag für die Altersvorsorge. Gemäss Verfassung trifft der Bund Massnahmen für eine ausreichende Altersvorsorge. Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken und müssen mindestens der Preisentwicklung angepasst werden. Man staunt. Warum müssen dann so viele Menschen AHV-Ergänzungsleistungen beantragen? Wird da etwa ein Verfassungsauftrag nur ein bisschen erfüllt? Wäre es nicht so, hätte es das Ergänzungsleistungsgesetz vom 19. März 1965 nie gebraucht. Mit den Ergänzungsleistungen werden, von Kanton zu Kanton in unterschiedlichem Ausmass, die dringenden

Löcher der sozialen Absicherung im Alter notdürftig gestopft. Mit dem Volksbeschluss vom 3. Dezember 1972, mit dem eine Volkspension mit genügend hoher AHV verworfen und das Drei-Säulen-Prinzip angenommen wurde, wurde der Mist geführt. Seither wird die AHV immer wieder verschrien oder gar bald totgesagt, und bei der zweiten Säule, den Pensionskassen, regieren die Kassen, die davon leben und profitieren (siehe links Nr. 106, Januar 2010, Seite 10 f.).

Warum will man gerade jetzt den Versicherten in der zweiten Säule mit einer Renten-Umwandlungssatz-Senkung erneut Geld aus dem Portemonnaie ziehen? Viel ungeschickter kann man in einer Krise nun wirklich nicht mehr handeln. Die Absicht dahinter wird dabei nicht erwähnt: Die Pensionskassen und ihre Spitzen sehen mit der Senkung des Umwandlungssatzes eine zusätzliche Gelegenheit, sich eine goldene Nase zu verdienen. Das ist der eigentliche Grund der Kürzungsabsichten.

Vielleicht müssen wir von der linken Seite her wieder einmal Vorschläge für eine wirklich sinnvolle Altersvorsorge-Lösung machen. Jetzt gilt es aber erst einmal, das komische Päckli vom 7. März mit einem NEIN an die Absender zurückzuschicken.

Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Aargau

## DIE APK TEILT (GANZ «NEUTRAL») MIT ...

kk. Die Aargauische Pensionskasse APK verschickt an ihre Rentenberechtigten eine Mitteilung mit ominösem Inhalt: «Die eidg. Abstimmung vom 7. März betreffend Umwandlungssatz hat keinen Einfluss auf die Ihnen von der APK zustehenden Rentenleistungen.» Auf der Homepage der APK wird dies unter den «News» vom 27.1.2010 breit ausgeführt, so auch mit dem Satz: «Die APK ist deshalb vom Ausgang der Abstimmung nicht betroffen. Sie ist aber ebenfalls mit der steigenden Lebenserwartung und dem anhaltend tiefen Zinsniveau konfrontiert. Der Vorstand der APK muss deshalb den Umwandlungssatz ebenfalls periodisch überprüfen. Bei all seinen Entscheiden hat die nachhaltige Sicherung der Leistungsversprechen oberste Priorität.» Was liest man daraus? Stimmt ge-

trost Ja, Euren Renten passiert nichts! Und wenn doch, dann nur wegen der «nachhaltigen Sicherung der Leistungsversprechen».

Müssen die das? Nein, sie haben andere Bedingungen als eine Privatversicherung. Dürfen die das? Wir finden, sie dürfen nicht – eine solche Beeinflussung der Stimmberechtigten durch eine öffentlichrechtliche kantonale Pensionskasse ist mehr als unangemessen. Die paritätischen Gremien dieser Kassen (ein Kapitel für sich...) sind aufgerufen, nicht mit den privatversichernden Wölfen zu heulen und solchen «neutralen» Mitteilungen einen Riegel zu schieben! Kein Trost: Die APK ist nicht die einzige öffentlichrechtliche Pensionskasse, die in den Abstimmungskampf eingreift. Die Zürcher PKZH treibt's noch bunter ...

## KOMMENTAR

### Integration: Ein Schritt vorwärts

Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ist eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.



Integration soll Chancengerechtigkeit zwischen der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung herstellen. Und Integration soll ein unbefangenes Zusammenleben aller in unserem Land erleichtern.

Sprachkenntnisse spielen dabei zwar eine wichtige Rolle. Doch sie alleine reichen für eine erfolgreiche Integration nicht aus. Dazu braucht es die Bereitschaft sowohl der Migrantinnen und Migranten als auch der Schweizerinnen und Schweizer, offen aufeinander zuzugehen. Gefordert sind aber auch Bund, Kantone und Gemeinden. Im Aargau wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Grundlagenpapiere zur Integration erarbeitet. Schon im Jahr 2005 verabschiedete der Grosse Rat fünf Leitsätze, worin unter anderem die Schaffung einer verwaltungsexternen Fachstelle als Ansprechpartnerin für Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen postuliert wird.

Papier wurde bisher genug produziert. Nun braucht es konkrete Taten. Eine davon ist die vom Kanton in die Wege geleitete Eröffnung der Anlaufstelle Integration im April dieses Jahres. Träger ist ein Verein, bestehend aus Sozialpartnern, Landeskirchen, Hilfswerken und gemeinnützigen Organisationen. Ein wichtiger Schritt vorwärts! Weitere müssen im Kanton und in den Gemeinden folgen. Integration muss in möglichst allen Lebensbereichen zum Thema werden.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.

## 4. caféCantonal



SAMSTAG, 20. MÄRZ 2010  
9.30 BIS 11.30 UHR  
AULA, SCHULANLAGE UNTERKULM  
HAUPTSTRASSE 30  
**UNTERKULM**

## MENU

TOUR D'HORIZON  
DURCH DIE AARGAUER POLITIK

SERVIERT VON  
REGIERUNGSRAT URS HOFMANN

DESSERT:  
FRAGEN DER BEVÖLKERUNG

Alle sind zum 4. CaféCantonal und zum  
anschliessenden Apéro eingeladen.

## 5. Berner-Suppe

à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 8. April 2010  
19.30 bis 21.00 Uhr

Restaurant Traube  
Hauptstrasse 58, Küttigen

## Bericht von der Frühlingssession

mit offerierter Suppe

Es laden ein: SP Bezirk Aarau  
und Komitee pro Max Chopard-Acklin

## IMPRESSUM

SP Aargau  
Bachstrasse 43  
Postfach, 5001 Aarau  
Telefon 062 834 94 74  
Fax 062 834 94 75  
sekretariat(at)sp-aargau.ch  
www.sp-aargau.ch  
Redaktion: katkerr(at)katkerr.ch

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:  
Andrea Arezina, Sandra-Anne Göbelbecker,  
Marco Hardmeier, Urs Hofmann,  
Katharina Kerr, Barbara Kunz-Egloff,  
Ursula Nakamura, Sonia Regna.

## WOHNRAUMINITIATIVE DER SP BADEN

## Bezahlbares Wohnen für alle!

**Häuser werden auf Boden gebaut. Boden ist nicht unbegrenzt vorhanden, das Angebot ist also limitiert. In der Schweiz wird jede Sekunde ein Quadratmeter Kulturland verbaut. Mit erschreckender Geschwindigkeit wird unser Land zubetoniert!** Andrea Arezina

In den letzten Jahren wurden vor allem Einfamilienhäuser und kleinere Wohneinheiten gebaut. Viele Gemeinden betreiben keine Raumplanung, die diesen Namen verdient. Viel Bauland wurde eingezont, ohne dass die Folgen – wie die Verkehrszunahme in den Städten – bedacht worden wären.

Eine weitere negative Entwicklung ist die zunehmende Immobilienspekulation. Seit der Finanzkrise haben Immobilien als Geldanlage im Vergleich zu Aktien und Obligationen massiv an Bedeutung gewonnen. Die daraus folgende Bodenteuerung führt zu teilweise missbräuchlichen Mietpreissteigerungen.

Im Juni 2009 betrug der Leerwohnungsbestand schweizweit 0,9 Prozent. Im Kanton Aargau

ist er mit 1,35 Prozent ein bisschen höher, liegt aber beispielsweise in Baden bei erschreckenden 0,39 Prozent. Bei einer Leerwohnungsziffer unter zwei Prozent existiert kein Markt, sondern ein Angebotsdiktat. Die VermieterInnen alleine bestimmen die Höhe der Mietpreise. So kostet etwa eine 4-Zimmer-Wohnung, die der Stadt Baden gehört, rund 900 Franken weniger als die gleiche Wohnung auf dem «freien» Markt! 25 Prozent unseres Einkommens geben wir für die Miete aus. Das ist einer der grössten Posten im Haushaltsbudget von Herr und Frau Schweizer. Bei Leuten mit tieferen Einkommen beträgt der Anteil sogar 40 Prozent. Wenn nicht gehandelt wird, werden die Mieten weiter steigen und steigen.

Wir haben folgende Möglichkeiten:

- Der Spekulation mit Immobilien muss Einhalt geboten werden.
- Die Gemeinden müssen anfangen, Boden zu kaufen und nur an gemeinnützige Bauträger oder an Privatpersonen für selbstgenutztes Wohneigentum abzugeben. Hier setzt die Initiative «Baden für alle – für bezahlbare Wohn-, Kultur- und Gewerberäume in der Stadt Baden» der SP Baden an. Die Initiative verlangt, dass die Stadt Baden eine Stiftung gründet, die sich um die Bereitstellung von zahlbarem Wohnraum sowie Kultur- und Gewerberäumen kümmert. Damit bezahlbares und komfortables Wohnen nicht länger ein Privileg der reichen Oberschicht bleibt.



Andrea Arezina  
von Baden ist  
Co-Präsidentin  
Juso Aargau.

## 8. MÄRZ 2010

## WELTFRAUENTAG – IM AARGAU

- 6–8 Uhr Verteilaktionen «Frauen verdienen MEHR» an folgenden Bahnhöfen:  
Aarau (Sonia Regna, sonia.regna@sp-aargau.ch)  
Baden (Sandra-Anne Göbelbecker, blueelve@ppmcc.ch)  
Frick (Ursula Nakamura, ursula.nakamura@bluewin.ch)  
Lenzburg (Edith Lüscher, edith.luescher@bluewin.ch)  
Rheinfelden (Brigitte Rüedin, b.ruedin@gmx.ch)  
Spreitenbach (Dijana Hasanbegovic, s.hasanbegovic@bluewin.ch)
- 11–14 Uhr Standaktion, Igelweid Aarau (Sonia Regna, sonia.regna@sp-aargau.ch)
- 18–23 Uhr Restaurant Krone, Kronengasse 5, Aarau, musikalische Begleitung «beatween»
- 18 Uhr Apéro und Plauderei
- 19.30 Uhr Film «Antonias Line». Für den Film «Antonias Welt» erhielt die holländische Filmemacherin Marleen Gorris 1996 als erste Frau den Oscar für den besten fremdsprachigen Film. In dem Film erzählt sie vierzig Jahre aus der Sicht von vier Frauen einer Familie.

## PAROLEN

Abstimmung vom 7. März

## EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

- Forschung am Menschen **JA**
- Tierschutzanwaltschaft-Initiative **JA**
- BVG-Mindestumwandlungssatz **NEIN**

## AGENDA

9. März  
**Geschäftsleitungs-Sitzung**  
17.30 Uhr im Volkshaus, Aarau
15. März  
**Ausserordentlicher Parteitag**  
im Grossratssaal, Aarau, mit  
Thomas Christen, SP Schweiz
23. März  
**BezirkspräsidentInnen-Konferenz**  
Volkshaus, Aarau